

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Angola, Kuba und Südafrika : São Tomé und Príncipe als kubanisches Inselreduit?  
**Autor:** J.B.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094202>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Angola, Kuba und Südafrika

## São Tomé und Príncipe als kubanisches Inselreduit?

Kann es sich Kuba überhaupt leisten, seine Söldnersoldaten aus Angola heimzuholen? Nach Jorge Risquet Valdes stehen 40 000 Kubaner in dem bis 1975 zu Portugal gehörenden «Überseegebiet». Risquet ist Politbüromitglied der kubanischen Kommunistischen Partei.

Etwa 15 000 bis 20 000 Kubanern dürfte die Regierung der Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA) in Luanda seit 1985 die angolische Staatsbürgerschaft verliehen haben.

Diese Kuba-Angolaner und einen Grossteil seiner Soldaten dürfte der kubanische Staatschef, Fidel Castro, nicht zurückhaben wollen. Der Grund ist Aids, die Immunschwächekrankheit (siehe ZeitBild Nr. 5/1988).

Aids war noch unbekannt, als Fidel Castro 1975 in «internationalistischer Pflichterfüllung» seine Soldaten nach Angola entsandte. Heute ist die Immunschwächekrankheit besonders auf dem schwarzafrikanischen Kontinent akut. 10 Millionen, soweit erfasst, sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf und der Weltbank in Washing-

ton vom Aidsvirus infiziert. Allein in der Hauptstadt des Angola benachbarten Zaire, Kinshasa, ist jeder fünfte der 2,7 Millionen Einwohner potentieller Aidsträger. Sowjetische Subventionen hatte Fidel Castro bisher mit dem Blut seiner Soldaten in Angola abgegolten. Jetzt knausert offenbar der Kreml mit dem Geld.

Wie lange wird Kuba den Blut- und Aidspreis in Angola noch bezahlen wollen? Bahnt sich in Angola ein kubanischer Abzug an? Dann wären allerdings die Südafrikaner gefordert, das heisst, sie hätten keinen triftigen Grund mehr für ihr Verbleiben in Namibia. Sie müssten die ehemalige deutsche Kaiserkolonie Südwestafrika in die Unabhängigkeit «entlassen», und zwar auf der Grundlage der Resolution 435 der Vereinten Nationen (UNO). Skepsis gegenüber den Südafrikanern dürfte angebracht sein, nicht mindere gegenüber den lautereren Absichten der Kubaner/Sowjets.

In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC hatte Fidel Castro am 28. Februar als Bedingung für eine «globale Lösung» des Angolaproblems im Gegenzug zu

einem Abzug der kubanischen Truppen die «Beendigung des subversiven Kriegs seitens der Vereinigten Staaten und Südafrikas gegen die legitime Regierung Angolas, internationale Sicherheitsgarantien sowie die Anwendung der UNO-Resolution 435 in Namibia» gefordert.

Zuvor, am 25. Februar, hatte der portugiesische Ministerpräsident, Anival Cavaco Silva, zum Abschluss eines Besuchs in Washington erklärt, es gebe gegenwärtig «Chancen für eine Vermittlung». Cavaco Silva bot seine Vermittlerdienste an. Laut dem portugiesischen Regierungschef «findet die Widerstandsbewegung der Nationalen Union für die Befreiung Angolas (Unita) tatsächlich Rückhalt in der Bevölkerung».

Der angolische Energie- und Erdölminister, Pedro de Castro Van Dunem, meinte am 11. März in Lissabon, er gehe davon aus, dass der «Augenblick gekommen ist, direkte Verhandlungen mit Südafrika» aufzunehmen mit dem Ziel, den Bürgerkrieg in Angola zu beenden.

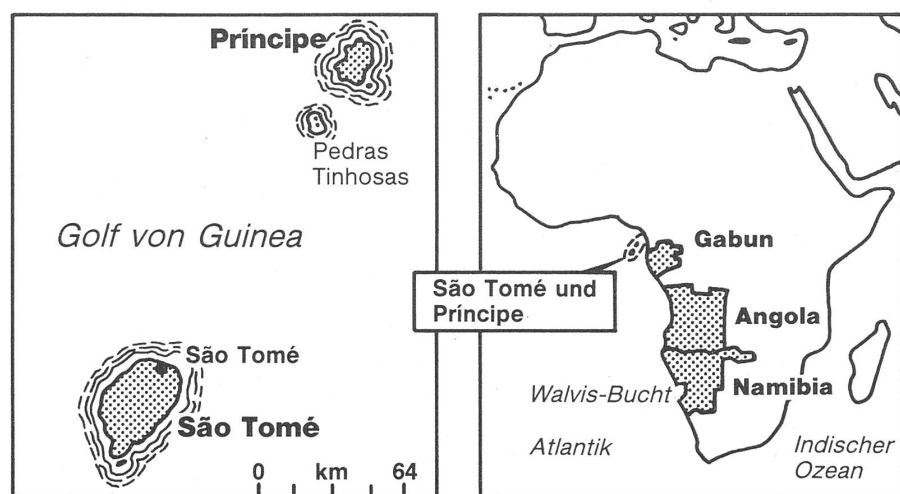
Zurückgewiesen wurde von der Sowjetunion ein Vorschlag vom 5. März des südafrikanischen Verteidigungsministers, General Magnus Malan, in Angola eine neutrale, blockfreie Regierung einzusetzen. Der Kreml sagte nicht rundweg nein, machte aber ebenfalls klar, dass sich die Südafrikaner aus Namibia zurückziehen müssten. Einen solchen Rückzug erwähnte aber General Malan in seinem Vorschlag mit keinem Wort. Die Kontakte zwischen Pretoria und Moskau sind nicht abgebrochen. Sie finden eigentlich zwischen den beiden weltgrössten Gold- und Diamantenproduzenten permanent statt.

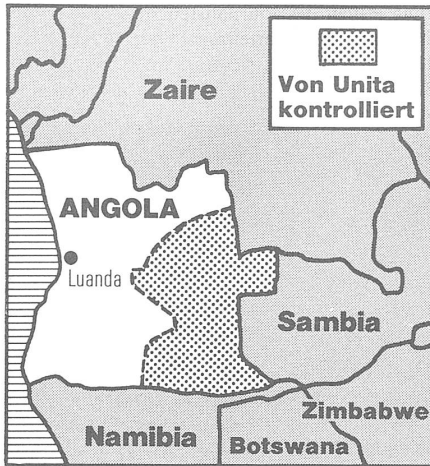
Gewiss bemerkenswert ist der Zufall, dass der Vorschlag aus Südafrika sozusagen am Vorabend eines Putschversuchs auf São Tomé und Príncipe kam. Die der Küste von Gabun vorgelegte Inselgruppe gehörte früher ebenfalls zu Portugal. Am 8. März landete eine Gruppe von vierzig bewaffneten Gegnern des marxistischen Regimes von Präsident Pinto da Costa mit Schlauchbooten auf São Tomé. Alle wurden gefangen genommen, zwei der Männer von angolischen Sicherheitskräften erschossen. Seit einem Putschversuch 1978 stehen auf den Inseln angolische Soldaten.

Der Fingerzeig für die bevorstehende «Invasion» soll Pinto da Costa vom sowjetischen beziehungsweise vom DDR-Geheimdienst in Luanda erhalten haben. Möglicherweise überbrachte der angolische Präsident, José Eduardo dos Santos, der im Februar den Inselkollegen besuchte, die Warnung.

Die Nationale Widerstandsfrent von São Tomé und Príncipe «distanzierte» sich von dem erfolglosen Landungsunterfangen. Die «Front» hat ihr Hauptquartier in Gabun und behauptet nun, wie auch die Regierung in Luanda, die «Invasoren» seien von Südafrikanern in Namibia gedrillt worden.

Vermutet wird, dass die Kubaner nach einem allfälligen Rückzug aus Angola einige ihrer Eliteeinheiten auf São Tomé und Príncipe als Si-





cherheitsreserve und «schnelle Eingreiftruppe» abstellen werden. Die Inselgruppe liegt keine zwei Flugstunden von Luanda entfernt. Ein erfolgreicher Putsch hätte einem kubanischen Rückzug auf das Inselreduit (Bollwerk) vorgebeugt.

Vieles deutet darauf hin, dass alle im Angola-Konflikt verstrickten Parteien derzeit ihre Kräfte darauf konzentrieren, sich eine möglichst günstige Ausgangslage für (baldige?) Verhandlungen zu schaffen. Gegenwärtig herrscht militärische und politisch-diplomatische Pattsituation. j. b.

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch  
Telegramm Schweizost  
Postcheck ZeitBild 30-24616-5  
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03  
Deutsche Bank Frankfurt a. M.  
(BLZ 500 700 10) 78-2409  
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**  
Peter Säger, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

**Abonnementspreise Inland**  
Jahresabonnement Fr. 48.—  
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—  
Einzelnummer Fr. 2.50

**Abonnementspreise Ausland**  
**Europa + Mittelmeerländer**  
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/  
Luftpost sFr. 58.—  
Studenten, Lehrlinge und Schüler  
sFr. 33.—/DM 40.—  
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

**Übersee**  
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—

Briefe

«Ja, so wie in Südafrika»

Politiker der Linken, Vertreter kirchlicher Hilfswerke, Naivgläubige fordern, im Apartheidwirbel sich profilierend, unermüdlich Wirtschaftssanktionen und Boykotte gegen Pretoria, als wäre es der Sitz des grössten Welt Übels. Als mir kürzlich bei einer ärztlichen Untersuchung spasseshalber das Wort «Folter» entschlüpfte, bemerkte die Arztgehilfin spontan: «Ja, so wie in Südafrika.» Ein Zufall? In einem Kirchenblatt wurde von Hunderttausenden von Verhafteten und Gefolterten berichtet – natürlich aus Südafrika. Die Sowjets versäumen keine Gelegenheit, in die Glut eines möglichen Umsturzes im Burenland zu blasen. Hinter ihrer Parole «Befreiung der unterdrückten Schwarzen» verstecken sich handfeste Interessen: Gold, Diamanten, Platin und Territorium von hohem strategischem Wert. Prominente Politiker, Schriftsteller, Friedensstreiter haben sich so sehr in der Dauerhetze gegen die das Menschenrecht verletzende Apartheid engagiert, als hätten sie überhaupt nie etwas von Afghanistan, vom Gulag, von Katyn und von der geistigen Ausrottung ganzer Völkerschaften im Sowjetreich gehört.



Ein vergessener Fleck Europas. Marginal. Wer spricht schon von Estland, dem kleinen, tapferen Bauernvolk am finnischen Meerbusen, das eine dem Finnischen ähnliche Sprache spricht? Vor bald 50 Jahren sind Tausende und Aber-tausende von Esten – Frauen, Männer, Kinder – frühmorgens aus dem Bett geholt, in Viehwagen gefeuchtet und nach Sibirien deportiert worden. Gleich ist es Hunderttausenden von Letten und Litauern ergangen. Keine Schriftsteller, Pfarrer, Friedenskämpfer im Westen haben dagegen protestiert. Estland heute: «geheiligt» Sowjetterritorium, von Jahr zu Jahr mehr industrialisiert und russifiziert, in einigen Städten die Russen in der Mehrzahl, in allem von Moskau abhängig. Kein Thema für all die, die nicht müde werden, Sanktionen gegen Südafrika zu fordern.

Noch vor den Massendemonstrationen in Armenien für die Rückgliederung von Nagorno Karabach ist in Estland, ermöglicht durch Glasnost, beinahe ein Wunder geschehen. Ein Wunder, das – trügerische? – Hoffnungen weckt. Am 23. August 1987 fand in Tallinn eine friedliche Demonstration gegen den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 statt. Die Geheimklauseln des Paktes – ein Tabu in der Sowjetunion – waren das Todesurteil für die baltischen Freistaa-

ten. Doch jetzt das völlig Neue: Niemand hat diese nationale Demonstration behindert. Und noch mehr: Das estnische Fernsehen interviewte die Initiativgruppe. Nicht weniger erstaunlich ist, dass drei junge Esten in der Spalte «Eine Lehrstunde» des estnischen Blattes «Norte Hääl» vom 25. August ihre Fragen und Gedanken veröffentlichen konnten.

Hier ein Ausschnitt aus dem Beitrag von Roland Pavluhhin, einem Schüler der 10. Klasse: «Beim Café «Varblane» wurden noch einige Losungen entrollt: «Die stalinistischen Mörder vor Gericht» – «Molotow-Ribbentrop-Pakt veröffentlichen» – «Selbstbestimmung für die Baltischen Staaten»; für zwei Bürger – Niklus und Tarto – wurde Freiheit gefordert. Aufrecht gesagt, waren dies für mich völlig unbekannt Namen neben beispielsweise Nelson Mandela.»

Nuklus und Tarto sind Esten, die, wie viele Balten, nie Gewalt angewendet oder dazu aufgerufen haben, für ihre Treue zu den Grundsätzen der Gerechtigkeit in Straflagern fern der Heimat grausam leiden müssen. Mit Nelson Mandela freilich, offenbar einem Begriff auch in der Sowjetrepublik Estland, sind wir wieder beim Dauerthema Südafrika.



«Die Armee des chilenischen Generals Pinochet oder die Südafrikaner haben Europa niemals bedroht, so dass man ihnen gegenüber ruhig Heldenposen einnehmen konnte, um zu verdecken, dass man gleichzeitig vor Moskau kuscht.» Mit diesem Satz hat Otto von Habsburg den Nagel auf den Kopf getroffen. Kaum vergeht ein Tag, ohne dass im Radio oder Fernsehen im kritischen Sinn von Südafrika die Rede ist. Seit Jahren schon.

Ebensowenig wie das totalitäre Sowjetsystem, die Diktatur Chiles und das Kastennunwesen Indiens entspricht Südafrikas Apartheidpolitik der Vorstellung einer Demokratie. Der unterschiedliche Entwicklungsstand der Bevölkerung jedoch lässt vernünftigerweise nur einen schrittweisen Abbau der Rassenschranken zu; eine «überstürzte» Mehrheitsregierung der Schwarzen würde zu blutigen Stammesfehden und wirtschaftlichem Chaos führen. Bedenklich ist, dass Bischof Tutu, Friedensnobelpreisträger, und seine moskauhörigen Anhänger vom Weltkirchenrat Gewalt nicht ausschliessen. Hans Rychener